

Exklusiv

## Russlands Angriffskrieg gegen ein slawisches Bruderland

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen

(BS) Die "Reconquista" Putins hat begonnen. Putins Offensive führt einen Angriffskrieg nach den Bestimmungen der VN-Charta. Er überzieht ein slawisches Brudervolk, dem er jedes Recht zur eigenen Staatlichkeit abspricht, mit überwältigender militärischer Macht.

Putins (Rück-)Eroberungskrieg hat alle gewünschten, aber fragwürdigen westlichen Erwartungen in vielfältigen Gesprächsformaten, Putin vom Angriff gegen den ungeliebten ukrainischen Staat abzuhalten, ad absurdum geführt.

Welche politischen Zwecke verfolgt Putin? Einen mittelfristigen Hauptzweck erklärt er in seiner langen Rede am 21. Februar unmissverständlich: Der seit 30 Jahren

unabhängige Staat Ukraine soll Teil der Russischen Föderation werden. In den vergangenen Monaten hat er aufgegeben, dieses Ziel friedlich zu erreichen und seit dem 24. Februar wird nun massive militärische Gewalt genutzt, um den Ukrainern seinen Willen mit einem hybriden, technologisch aufwendigen Krieg aufzuzwingen. Dabei ist die Vereinigung mit dem slawischen Volk nur ein Aspekt. Der für die russische Innenpolitik wichtigere besteht darin, die lebendige, in den vergangenen acht Jahren gewachsene Demokratie in der Ukraine zu vernichten, ehe diese Entwicklung auf sein eigenes Land ausstrahlen kann.

Der zweite, weiter reichende Zweck ist die Schaffung einer neuen europäischen

Sicherheitsstruktur, die er durchsetzen will – zunächst für den geographischen Raum der ehemaligen Sowjetunion und mit Blick auf Finnland

sogar darüber hinaus. Diesen hat er mit dem Vertragsentwurf mit den USA und der Vereinbarung mit der NATO im Dezember 2021 klar markiert und seither immer wiederholt. Aus Putins eigenen Äußerungen und vielen Beiträgen im direkten Umfeld wird klar, dass er unter seiner maßgeblichen

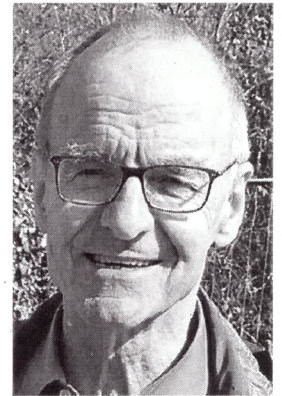


Foto: BS/privat

# Gemeinsam für die Digitalisierung der Bundeswehr.

Die **digitale Transformation** der Bundeswehr ist eine große Aufgabe. Gemeinsam arbeiten die Bundeswehr und die BWI Tag für Tag an ihrer **digitalen Zukunft**: Dafür verfolgen sie gemeinsam neue Ideen, erproben **innovative Ansätze** und bringen sie in die Truppe. Das Ziel dabei: Durch **moderne Technologien** einen Nutzen und Mehrwert für die Bundeswehrangehörigen zu schaffen und sie so bei ihrer tagtäglichen Arbeit effektiv zu unterstützen.

Aktuelle Digitalisierungsprojekte gibt es **hier**.

#WirfürdieBundeswehr

**BWI**  
IT für Deutschland

@BWI\_IT

/BWIITfuerDeutschland

/bwi-gmbh

Führung ein Eurasien von Lissabon bis Wladiwostock als geopolitischen Machtfaktor aufbauen will. Dazu muss es ihm gelingen, Amerika als "europäische Macht" vom Kontinent zu verdrängen.

In dieser machtpolitischen Auseinandersetzung mit dem Europa der Charta von Paris – einig, frei und im Frieden – von Vancouver bis Wladiwostock (EU und NATO im Zentrum), bekommt derjenige ein Übergewicht, welcher sich der vielfältigen Gewalt – auch mit leistungsstarken Streitkräften – rücksichtslos bedient, wenn der Gegner es nicht tut oder nicht kann. Diese Einsicht, die Clausewitz vor 200 Jahren erörtert hat, können wir seit mehr 15 Jahren in der Auseinandersetzung von Putins Russland mit seinen Nachbarstaaten und den Reaktionen der Staaten der EU und der NATO bestätigt sehen. Als der langjährige Konflikt um die Ukraine sich mit dem Aufmarsch Russlands seit dem letzten Frühjahr und dann den ultimativen Forderungen Putins zuspitzte, haben die westlichen Staaten – wohl mit Blick auf ihre innenpolitischen Gegebenheiten – zwei "Vorleistungen" für Putin erbracht. Erstens erklärten die NATO-Staaten ungefragt, dass direkter Beistand für die Ukraine im Rahmen des Artikel 5 des Washingtoner Vertrags der Allianz nicht möglich sei, da die Ukraine nicht NATO-Mitglied sei. Zweitens äußerten Regierungen, allen voran die USA, zusätzlich, dass sie keine Truppen zur Verteidigung in die Ukraine senden werden. Damit wurde kundgetan, dass auch der Artikel 51 der VN-Charta, mit dem Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung, weder von NATO- noch von EU-Staaten als legitime eigene Handlungsgrundlage genutzt wird.

So kann die größte Nuklearmacht Russland einen konventionellen Krieg gegen das zweitgrößte Land Europas führen, ohne selbst der nuklearen Abschreckung eines Gegners ausgesetzt zu sein. Das verringert das militärische Risiko für den Kreml immens als Teil seiner politisch-militärischen Kalkulation. Denn er muss aktuell nur mit den ukrainischen Streitkräften rechnen – immer noch ein erheblicher Risikofaktor, den die ersten Kriegstage im Kampf gegen die gesamte Ukraine bereits bestätigen.

Putin warnte Kiew, sich dem Vorrücken aus den Volksrepubliken zu widersetzen. Mit Beginn der militärischen Operationen rief der Kreml die ukrainischen Soldaten auf die Waffen niederzulegen, auch ein Zeichen, dass er erheblichen Widerstand erwartet. Und dies unterstreicht wieder das Strategem, dass der "Eroberer immer friedlich ist". "Der Bär ist los" und er hat und wird mehrere "fait accomplis" erreichen und etablieren. Und weil sein Angriff wegen des Widerstands der Ukraine, deren Unterstützung durch westliche Staaten mit Waffen und Gerät, sein Angriff nicht zügig vorankommt und massive Sanktionen von EU, Amerika und anderen Staaten unverzüglich verhängt worden sind, greift Putin jetzt unverhohlen zur nuklearen Drohung gegen die Ukraine und die Welt. Will er wirklich viele mit sich in die Katastrophe reißen?

Wie handeln EU, Amerika und die NATO?

Zunächst sollten alle die weitreichende veränderte Wirklichkeit erkennen und diese gegenüber ihren eigenen Bevölkerungen verständlich und überzeugend darstellen. Putin will die Ukraine und Belarus wieder mit der Russischen Föderation zusammenfügen. Aber darüber hinaus will er eine autokratisch bestimmte Sicherheitsstruktur in Ost-Mittel-Europa. Dann gilt es, sich einzugestehen, dass der Angriff und das "Verschwinden" der Ukraine als eigenständiger Staat nicht mit noch so starken Sanktionen der westlichen Welt verhindert werden kann, wenn Putin sich entschieden hat, das lange ins Auge Gefaßte und Geplante jetzt militärisch durchzusetzen.

Die NATO und die Mitgliedstaaten unterstreichen immer wieder ihre vereinbarte Richtschnur: Die Verstärkung in den NATO Staaten ist nur defensiv und es gibt keine Absicht, gegen russische Streitkräfte in der Ukraine zu kämpfen. Das entspricht dem Element der Selbstabschreckung gegen einen nuklearen Gegner. Und so wird der Angriff gegen die Ukraine ein sprechendes Beispiel des russischen strategischen Konzepts: Eskalation – zur Deeskalation. Das gibt Putin für den Einsatz in der Ukraine eine "Carte blanche" – zumindest auf Zeit.

Daraus folgt, dass die Menschen der Uk-



Die NATO steht fest zusammen, allerdings als Verteidigungsbündnis, nicht als Ersatz der Vereinten Nationen. Foto: BS/NATO

raine bei jedem russischen Vormarsch ihre Freiheit und viele ihr Leben verlieren können und das standfeste Eintreten der westlichen Staaten für die Charta von Paris auf Putin gegenwärtig eher als deklaratorischer Protest wahrgenommen wird. Und so bleibt es Putins Absicht, die "Schlinge um den Hals der Ukraine" weiter zusammenziehen.

Nach der gescheiterten Erklärung des Sicherheitsrates der VN am Samstag wäre es wichtig, dass NATO, EU und Amerika die Optionen des Artikel 51 der VN Charta noch einmal prüfen, wie ein angegriffener Staat auch kollektiv mit der Hilfe anderer Staaten verteidigt werden kann. Denn es gibt ja keinen Zweifel, dass dieser russische Krieg schon weit über die Ukraine hinaus wirkt.

Den westlichen Staaten muss klar sein, dass Putin seine Erzählung, Russland sei das Opfer und Amerika, EU und NATO-Europäer mit der missbrauchten Ukraine seien die Täter, flutartig über alle Kanäle in die Bevölkerungen der Länder verströmen wird. Diese strategische Desinformation, muss dringend als erstes einem gründlichen Faktencheck unterzogen werden, der die Bevölkerung aller Staaten erreicht – soweit möglich auch und gerade in Russland. Noch wichtiger ist und bleibt aber die überzeugende Erzählung der eigenen Zwecke und des zielorientierten Handelns zu ihrer Verwirklichung, die auch die Welt erreichen muss.

Es wäre eine schwere Niederlage für EU, NATO und Amerika, wenn am Ende der aktuellen russischen Angriffe sich die Aussage von Kanzlerin Angela Merkel von 2014 wiederholte: "Bitter, aber unvermeidlich."